

Radikale Sparpläne

Samtgemeinde will Mitgliedsgemeinden an Betreuungskosten beteiligen

mi. Hollenstedt. Die Samtgemeinde Hollenstedt muss ihre Einnahmen erhöhen und die Ausgaben reduzieren. Um ein drohendes Haushaltsdefizit von rund 330.000 Euro auszugleichen, hat die Samtgemeinde-Verwaltung jetzt ein Papier mit drastischen Sparvorschlägen vorgelegt. Radikalste Forderung: Die Mitgliedsgemeinden sollen sich an den Kosten der Kinderbetreuung beteiligen.

Zweite Runde: Beim Finanzausschuss am kommenden Montag, 19. November, wird die Samtgemeinde-Verwaltung der Politik erneut einen Entwurf für den Haushalt 2019/2020 vorlegen. Der erste Entwurf wurde von dort ohne Diskussion an die Verwaltung zur Nacharbeit zurückverwiesen. Der Grund: Es wurde kein ausgeglichener Haushalt vorgelegt. Doch auch der zweite Haushaltsentwurf ist mit einem Defizit von gut 330.000 Euro nicht ausgeglichen. Statt eines „fertigen Haushalts“ lieferte die Verwaltung der Politik diesmal allerdings ein Strategiepapier, das es in sich hat. Das geheime Dokument listet alle Posten auf und macht Vorschläge, wo Geld eingespart werden kann. Dabei schreckt man im Rathaus auch nicht davor zurück, die Finanzierung echter Samtgemeinde-Aufgaben neu verhandeln zu wollen.

Konkret geht es um die Kosten

für die Kinderbetreuung. Hier, so angeblich der Verwaltungsvorschlag, sollen künftig die Mitgliedsgemeinden über die Samtgemeinde-Umlage hinaus ihren Beitrag leisten.

Bürgermeister Heiner Albers bestätigt auf Nachfrage des WOCHENBLATT, dass man in der Verwaltung in der Tat ein Kostenbeteiligungsmodell erarbeitet habe. Details will der Verwaltungschef wegen der Brisanz des nichtöffentlichen Papiers nicht nennen. Dem WOCHENBLATT liegen aber Informationen vor, nach denen vorgesehen ist, die Kommunen je nach Anzahl der in Kindertagesstätten untergebrachten Kinder mit einem Betrag x pro Kind zu beteiligen. Ein ähnliches System gibt es bereits auf Kreisebene für den Schulbau. Hier ist jede Gemeinde verpflichtet, je Schüler einen Betrag von derzeit 402 Euro in die Kreisschulbaukasse des Landkreises einzuzahlen.

Ob die Einführung eines solchen samtgemeindeweiten „Betreuungsbeitrags“ rechtlich möglich ist, scheint jedoch zweifelhaft. Bürgermeister Heiner Albers wollte sich dazu nicht abschließend äußern, in der Verwaltung geht man aber offenbar von der Machbarkeit aus.

Unabhängig von der Machbarkeit scheint die Beteiligung der Kommunen bei den immer mehr

ausufernden Kosten durchaus sinnvoll. Laut den Zahlen, die Kämmerer Wolfgang Raabe vorlegte, explodieren hier die Kosten. Reichten im Jahr 2012 noch rund 800.000 für die Finanzierung von Kitas und Krippen, prognostiziert die Verwaltung für 2021 Kosten in Höhe von 3,6 Millionen Euro. In keinem anderen Bereich des Haushalts steigen die Kosten dabei so schnell.

Allerdings, ganz neu ist der Vorschlag einer Kostenbeteiligung dann doch nicht. Bereits im vergangenen Jahr hatten die Grünen eine Infrastruktur-Abgabe vorgeschlagen. Mitgliedsgemeinden, die im großen Stil Baugebiete ausweisen, sollten so an der Schaffung neuer Kita-Plätze beteiligt werden.

Ob Infrastruktur-Abgabe oder Kinderbetreuungsbeitrag, die größte Hürde für eine gerechtere Kostenverteilung bei der Mammutaufgabe auch zukünftig die Kinderbetreuung in der Samtgemeinde sicherzustellen, ist, dass die Entscheidungsträger im Samtgemeinderat, gleichzeitig Vertreter der Mitgliedsgemeinden sind. Ging es in der Vergangenheit um die Frage: Was wiegt schwerer - das Wohl der Samtgemeinde oder das Wohl der eigenen Herkunftsgemeinde, so entschieden sich die Samtgemeinderatsmitglieder regelmäßig für Letzteres.